

EP-FH-01-874 D - Was Freiheit schützt

Antragsteller*in: BAG Digitales und Medien
Beschlussdatum: 11.10.2023

Änderungsantrag zu EP-FH-01

Nach Zeile 874 einfügen:

Wir wollen künstliche Intelligenz im Bewusstsein der Risiken einsetzen. Die Anwendung künstlicher Intelligenz auf Menschen kann direkte Auswirkungen auf den gleichberechtigten Zugang zu Grundrechten haben, darunter das Recht auf Nicht-Diskriminierung, Privatsphäre, Zugang zur Justiz, Beschäftigung, Gesundheitsversorgung und öffentliche Dienstleistungen. Angesichts der Tatsache, dass KI bereits Diskriminierung in diesen Bereichen verursacht oder verstärkt hat, ist ein effektiver Schutz der Menschenrechte von entscheidender Bedeutung. In Europa benötigen wir klare Vorschriften, um Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung zu fördern und zu schützen. Transparenz und Überprüfbarkeit von KI-basierten Entscheidungen ist wichtig, um Fehler und Bias zu vermeiden. Neben gesellschaftlichen Machtfragen müssen wir die Verwendung von KI als Werkzeug für kriminelle Aktivitäten, Desinformation und Propaganda sowie die damit verbundenen Risiken für die Gesellschaft bewerten. Mit dem AI Act haben wir einen weltweit beachteten Schritt in diese Richtung unternommen. Die Anbieter großer generativer Modelle, die vielen anderen KI-Anwendungen zugrunde liegen, tragen eine besondere Verantwortung für die Auswirkungen ihrer Modelle. Sie müssen die Datengrundlagen offenlegen, mögliche Risiken im Voraus prüfen und Abhilfemaßnahmen ergreifen. Diese Verantwortung darf nicht auf kleinere Unternehmen übertragen werden, die keinen Einfluss auf die Entwicklung der Modelle haben.

Begründung

Antrag in Absprache mit Alexandra Geese MdEP.

Wir sind nicht die FDP – es braucht ein klares Statement über die Risiken von künstlicher Intelligenz und welche Rolle der AI Act – als ein Vorzeigeprojekt der letzten Legislaturperiode – dabei spielt. Unsere Linie ist: Die Chancen von KI nutzen und die Risiken der Technologie verringern.